

# PERSPEKTIVEN FÜR DIE DASEINSVORSORGE: EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE INNERHALB PLANETARER GRENZEN?

Michael Getzner, Leonhard Plank

## Zusammenfassung

Die Daseinsvorsorge steht in Österreich vor großen Herausforderungen: neben den finanziellen und personellen Rahmenbedingungen (Budget- und Personalknappheit) zur Aufrechterhaltung der Leistungen der Daseinsvorsorge (z. B. Ver- und Entsorgung, Bildung, Gesundheit, Pflege, Energie, Mobilität) wachsen die Anforderungen im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation.

Ein „gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen“ fußt – so eine zentrale Hypothese im wissenschaftlichen Diskurs – auf einer funktionierenden, öffentlich bereitgestellten, regulierten und finanzierten Daseinsvorsorge.

Der Beitrag fasst die daraus resultierenden Anforderungen an die Daseinsvorsorge zusammen und argumentiert, warum die Bereitstellung von grundlegenden Gütern und Dienstleistungen (Universal Basic Services) effizienter und insgesamt gerechter sein kann als die (in Teilbereichen komplementäre) Sicherung eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Für die Erfüllung der Ansprüche des guten Lebens für alle im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation sind eine Reihe von Grundbedingungen der Daseinsvorsorge zu diskutieren. Diese liegen u. a. in der Ausrichtung der Daseinsvorsorge am Gemeinwohl und der Gemeinnützigkeit, wodurch sich für die Bereitstellung sowie Regulierung und Finanzierung eine breite Palette an wirtschaftspolitischen Empfehlungen ableiten lässt. Diese Schlussfolgerungen und Empfehlungen werden im Beitrag präsentiert und in den Kontext der sozial-ökologischen Transformation gestellt.

## Stichwörter

Daseinsvorsorge, sozial-ökologische Transformation, Gemeinwohl/Gemeinnützigkeit, Österreich, Entwicklung 2030

## 1 EINLEITUNG: PLANETARE GRENZEN UND EIN AUSREICHENDER LEBENSSTANDARD

Wieviel Ressourcen stehen jeder\_m Erdenbürger\_in zur Verfügung? Diese Frage wurde bislang nicht umfassend beantwortet, vor allem, da sie fundamentale normative-ethische Festlegungen voraussetzt. Die Menge an Ressourcen (Land, Energie, Biomasse usw.), die nachhaltig (dauerhaft) bereitgestellt werden kann, ergibt sich natürlich aus den absoluten ökologischen Grenzen (z. B. nachhaltige Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Energie-



trägern; Aufnahmekapazität für Emissionen) und damit aus den biophysikalischen Prozessen (Steffen et al., 2015). Derartige Betrachtungen ergeben mit den großen Unsicherheiten und Ungewissheiten eventuell eine regionale oder auch globale Menge an nachhaltig zur Verfügung stehenden Ressourcen, um ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen (O'Neill et al., 2018) zu ermöglichen. Ohne normative Festlegungen<sup>1</sup> bleiben jedoch zentrale Dimensionen dieser Frage unbeantwortet (z. B. Drees et al., 2021):

- Sollen jedem Menschen die quantitativ gleichen Ressourcen zur Verfügung stehen, welche Ungleichheiten sind für wen akzeptabel?
- Wie können regionale und lokale Unterschiede berücksichtigt werden?
- Welche Beeinträchtigungen der natürlichen Umwelt (z. B. Biodiversitätsverlust) sind ökologisch bzw. gesellschaftlich akzeptiert?
- Welche Mechanismen (Institutionen, Rahmenbedingungen, Instrumente) können ein Nicht-Überschreiten der planetaren Grenzen sicherstellen, wie könnte ein Pfad zu einer nachhaltigen Entwicklung aussehen, und wie hoch ist die Akzeptanz für Suffizienzstrategien?
- Welche Rolle kann die Infrastrukturplanung und -politik spielen, um die Grundbedürfnisse der Menschen bestmöglich zu befriedigen?

In den letzten Jahrzehnten wurden internationale Rahmenwerke und Vereinbarungen (z. B. Konvention zum Schutz der Biodiversität; Rahmenabkommen zum Schutz des Klimas) abgeschlossen, die zumindest das Ziel der Nachhaltigkeit in sich tragen. Die Fortschritte auf dem Weg zur Nachhaltigkeit, gemessen beispielsweise durch die SDGs (Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen), sind bescheiden, wenn der fortschreitende Verlust der biologischen Vielfalt oder die signifikant zunehmende Erderhitzung betrachtet werden. Zudem sind viele Ziel- und Indikatorsysteme nicht widerspruchsfrei; so befördern die SDGs auch umweltschädliches Wirtschaftswachstum (Eisenmenger et al., 2020), welches die gegenwärtigen Krisen maßgeblich bestimmt (Wiedmann et al., 2020).

Global gesehen treffen diese Befunde auf eine krass ungleiche Inanspruchnahme von Ressourcen und damit auch auf eine stark unterschiedliche Verantwortung als Verursacher dieser Krisen (Oswald et al., 2020; Otto et al., 2019). Global gesehen überschreitet die Menschheit derzeit sechs von neun planetaren Grenzen (Hjalsted et al., 2021; Richardson et al., 2023), beispielsweise in Bezug auf die Aneignung der Netto-Primärproduktion<sup>2</sup>, der Artenvielfalt und des Klimaschutzes.

Zumindest als konzeptionelle Modelle, um die planetaren Grenzen zu verdeutlichen, stehen unter anderen Produktions- oder Konsumkorridore (Bänt-

1 Im Rahmen dieses Beitrags wird nicht im Detail auf grundlegende Fragen der Gerechtigkeit eingegangen; es wird für die Erörterungen lediglich die wohlfahrtsstaatlich orientierte Verteilungsgerechtigkeit (von Einkommen und Vermögen) als Maßstab herangezogen. Der Beitrag zur Verkehrswende von J. S. Dangschat im vorliegenden Band führt die verschiedenen Gerechtigkeitstheorien wesentlich breiter aus.

2 Die Netto-Primärproduktion bezeichnet die durch die Ökosysteme der Erde gebundene Sonnenenergie in Biomasse (d. h. Kohlenstoff), abzüglich der Energie- und Biomasseverluste im natürlichen Kreislauf autotrophe Respiration). Die menschliche Aneignung umfasst jene Menge an Biomasse, die für menschliche Aktivitäten (Produktion, Konsum) verwendet wird und nicht mehr für die Ökosysteme zur Verfügung steht. Somit nehmen die Bewertung und Monitoring des grundsätzlich ökologischen Konzepts der Primärproduktion auch auf sozio-ökonomische Entwicklungen und Treiber Bezug (Pan et al., 2014).

haler & Gough, 2023), der Safe operating space (Rockström et al., 2009) und Vorstellungen zur Donut-Ökonomie (Raworth, 2017) zur Verfügung.

Aus naturwissenschaftlich-technischer Sicht sind für die Abdeckung des Energieverbrauchs auf der Erde ausreichend erneuerbare Energieträger (insb. Solarenergie) vorhanden (Desing et al., 2019). Unter verschiedenen Voraussetzungen, z. B. einer hauptsächlich veganen Ernährung, stehen in ausreichendem Maße Nahrungsmittel für alle Menschen (Annahme einer Bevölkerung von unter 11 Mrd. Menschen) zur Verfügung (Schlesier et al., 2024). Die nachhaltige und die planetaren Grenzen beachtende Abdeckung des Nahrungsmittelbedarfs erfordert ein Energiesystem auf Basis erneuerbarer Energieträger (vollständig ohne fossile Energieträger) und einen Stopp der Umwandlung natürlicher Ökosysteme (Feuchtgebiete, Wälder) in Agrarflächen, sowie einen Verzicht auf expansive Flächennutzungen zulasten bestehender Agrarflächen. Eine umfassende Ökologisierung und das Prinzip der Kreislaufwirtschaft (Desing et al., 2020) sind weitere wichtige Voraussetzungen.

Hinsichtlich des Materialkonsums (DMC, domestic material consumption) liegen ebenfalls empirische Schätzungen des ausreichenden Lebensstandards (DLS, decent living standard) vor. Ein globaler Materialverbrauch in Höhe von rund 6 Tonnen pro Kopf und Jahr (mineralische, biologische, metallische, jedoch keine fossilen Materialien) könnte innerhalb der ökologischen Schranken liegen (Bandbreite: 3–14 Tonnen pro Kopf und Jahr). Ein Materialbestand (z. B. in Form von Infrastrukturen und Gebäuden) in Höhe von etwas über 40 Tonnen pro Kopf ist dafür ausreichend. Vom Materialkonsum würden nachhaltig etwa 39 % in Nahrungsmittel und 26 % in die Mobilität fließen (Vélez-Henao & Pauliuk, 2023). Österreich weist derzeit einen inländischen Materialverbrauch von rund 23 Tonnen pro Kopf und Jahr auf – somit werden die planetaren Grenzen diesbezüglich um etwa das Vierfache überschritten.

Der gegenwärtige globale Energieverbrauch ist etwa doppelt so hoch wie er notwendig wäre, um allen Menschen einen ausreichenden Lebensstandard zu gewährleisten. Die Überschreitung planetarer Grenzen ist in den Industriestaaten besonders hoch; im Durchschnitt beträgt der Energieverbrauch etwa das Vierfache dessen, was einen ausreichenden Lebensstandard garantieren würde (Kikstra et al., 2021), während in vielen Ländern ein ausreichender Lebensstandard noch weit entfernt ist.

In Bezug auf die Emission von Treibhausgasen (THG) werden die planetaren Grenzen ebenfalls signifikant überschritten. Für Österreich ergeben die aktuellen Untersuchungen, dass das Kohlenstoffbudget zur Nichtüberschreitung der Pariser Klimavorgaben bereits in den nächsten ein bis zwei Jahren aufgebraucht sein dürfte (Dickau et al., 2022; Lamboll et al., 2023; Steininger et al., 2022).

Die Reduktion der Inanspruchnahme der natürlichen Systeme innerhalb der ökologischen Grenzen verdeutlicht, wie wesentlich die Suffizienz als grundlegende Entwicklungsstrategie sein müsste, und dass die Steigerung der Effizienz durch technische Errungenschaften zwar notwendig, aber keineswegs hinreichend sein wird: Wie Millward-Hopkins et al. (2020) feststellen, können die grundlegenden Bedürfnisse in Bezug auf den Energieverbrauch innerhalb der planetaren Grenzen befriedigt werden, und zwar durch eine

technische Revolution gepaart mit massiven nachfrageseitigen Suffizienzpolitiken. Deutlich wird damit auch die Rolle der Postwachstumsökonomie und -planung (Müller et al., 2024).

Die genannten Berechnungen zu den pro Kopf zur Verfügung stehenden Ressourcen basieren auf dem Recht jedes Menschen auf einen gleichen Zugang zu Ressourcen. Wie (Rao & Min, 2018) ausführen, beruht die Vorstellung des Rechts auf gleiche Lebensbedingungen oder -chancen auf einer Vielzahl an ethischen Theorien, die beispielsweise einen Mindeststandard oder Mindestausstattung an Gütern und Dienstleistungen ethisch begründen sowie die grundsätzlichen Möglichkeiten zur Entfaltung persönlicher Autonomie vorsehen (z. B. Blake, 2001; Rawls, 1971; Reinert, 2011). Ein Mangel an einer bestimmten Grundausstattung (Armut) führt zu Einschränkungen z. B. hinsichtlich der Gesundheit und Unversehrtheit, der persönlichen Entfaltung, des Denkens und des Ausdrucks von Emotionen (Nussbaum, 2000; Sen, 1993).

Vor dem Hintergrund der Überschreitung der planetaren Grenzen und der Konzeptionen ausreichender Lebensstandards (Decent living standards, DLS) präsentiert der vorliegende Beitrag die Ergebnisse eines Forschungsprojektes (Getzner et al., 2024) zur Bedeutung der (öffentlichen) Daseinsvorsorge als Grundlage für ein „gutes Leben innerhalb der planetaren Grenzen“ für Österreich. Obgleich eine Quantifizierung des Ressourcenverbrauchs nicht erfolgte, ergab das Forschungsprojekt eine Reihe von grundlegenden strategischen Ansatzpunkten für die Bereitstellung einer öffentlichen Grundversorgung von Infrastrukturen und -dienstleistungen.

Bevor auf die einzelnen Ergebnisse des Projekts eingegangen wird, wird in Abschnitt 2 das Konzept der universellen Grundversorgung (Universal basic services, UBS) in knapper Form erörtert und in einen theoretischen Rahmen eingebettet, der von einem komplementären Verständnis der Funktionen der Wirtschaft ausgeht. Im Zentrum stehen hier insbesondere Theorien zur Klassifizierung von wirtschaftlichen Aktivitäten sowie der grundsätzlichen Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen.

## 2 AUSGEWÄHLTE THEORETISCHE GRUNDLAGEN EINER UNIVERSELLEN GRUNDVERSORGUNG

### 2.1 Kritik an ökonomischen Grundkonzepten

Die (neo-) klassische Volkswirtschaftslehre stellt individuelle und kollektive Entscheidungen in Bezug auf die Nutzung knapper Ressourcen in den Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses. Ausgegangen wird hierbei von Wünschen, die die Wirtschaftssubjekte (private Haushalte als Konsument\_innen) haben, wobei die Triebkraft von wirtschaftlichen Entscheidungen (z. B. Konsum, Produktion, Innovation, Profitmaximierung) auf gleichsam unendlich großen Wünschen beruht. Viele Wünsche werden naturgemäß nicht befriedigt, da die Mittel (Ressourcen) dafür fehlen; wichtiger für die wirtschaftliche Analyse sind daher die Bedürfnisse der Menschen (z. B. Abdeckung der

Grundbedürfnisse im Sinne einer ausreichenden Ausstattung mit Ressourcen für Nahrung, Kleidung, Wohnen, Mobilität). Mit welcher Ressourceninanspruchnahme die individuell unterschiedlichen Bedürfnisse befriedigt werden können, ist jeweils kulturell und gesellschaftlich, kollektiv und individuell, unterschiedlich. Die Präferenzen für bestimmte Güter und Dienstleistungen, die sich daraus ergeben, sind ebenfalls individuell unterschiedlich und ohne Weiteres kaum interpersonell vergleichbar. Objektiv vergleichbar und messbar ist der Bedarf an Gütern, um bestimmte Bedürfnisse (Präferenzen) zu befriedigen. Der Wunsch nach einer großen, warmen Behausung kann beispielsweise objektiv mit einer bestimmten Immobilie befriedigt werden.

In diesem theoretischen Konzept der neoklassischen Ökonomie geht es um Entscheidungen, weniger aber um eine Sicht der Wirtschaft als versorgendes System (System of provisioning), in der die Abdeckung der Grundbedürfnisse im Sinne eines durchaus auch objektiv feststellbaren Bedarfs der Menschen im Mittelpunkt steht. Durch die angenommene Unendlichkeit der Wünsche betrachtet die neoklassische Ökonomie das Wirtschaftswachstum als quasi inhärent. Die Steigerung der Effizienz steht hierbei im Vordergrund, Fragen nach der Suffizienz, also nach den planetaren Grenzen, nach einem ausreichenden oder genügend hohen Standard, werden hierbei nicht gestellt (Di Giulio & Defila, 2021).

Die Sicherstellung einer ausreichenden Grundversorgung innerhalb planetarer Grenzen ist daher nicht nur eine Frage der Mindestausstattung, sondern zwangsweise auch eine der Begrenzung der oberen Schranke des Ressourcenverbrauchs. Für diese Erörterung wiederum scheint es notwendig zu sein, die Theorie wirtschaftlicher Aktivitäten zu ergänzen, und zwar mit einer Theorie des Bedarfs, beispielsweise jener von Gough (2020). Hierbei wird angenommen, dass einerseits die objektiv feststellbaren Bedarfe zur Abdeckung menschlicher Grundbedürfnisse (z. B. zugeführte Energiemenge aus Nahrungsmitteln für eine ausreichende Ernährung) für alle Menschen zumindest im Durchschnitt gleich sind. Wie diese Bedarfe jedoch befriedigt werden, ist in den einzelnen Gesellschaften und Kulturen unterschiedlich, somit sind die „versorgenden Systeme“ stark kontextabhängig. Diese bedarfszentrierte Betrachtung des Wirtschaftens steht somit in Kontrast zur herkömmlichen Theorie der individuellen (hedonistischen) Nutzenmaximierung (Brand-Correa & Steinberger, 2017).

Auf dieser Bedarfs- und Versorgungsorientierung beruhen schlussendlich auch die im ersten Abschnitt kurz erwähnten Konzepte der Produktions- und Konsumkorridore (z. B. Bärnthaler & Gough, 2023). Der innerhalb der planetaren Grenzen liegende und naturwissenschaftlich bestimmbare Ressourcenverbrauch wird verglichen mit jenem Minimum an Ressourcen, das für ein „gutes Leben“, mindestens also für eine Grundqualität der Lebensbedingungen, notwendig sind. Es zeigt sich, dass mit den von den Ökosystemen zur Verfügung gestellten Ressourcen tatsächlich das Auslangen für dieses Minimum für ein „gutes Leben“ gefunden werden kann. Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass es abseits dieser Modellrechnungen und der konzeptionellen Ideen derzeit kaum weitere Überlegungen gibt, mit welchen politischen Instrumenten oder demokratischen Prozessen diese Korridore zu definieren

und zu gewährleisten sein könnten.<sup>3</sup> Natürlich kann beispielsweise eine absolute Begrenzung von Emissionen, wie sie vom Europäischen Handelssystem für CO<sub>2</sub>-Zertifikate vorgesehen ist, als eine Maximal-Schranke interpretiert werden. Eine sozial-ökologische Transformation im Sinne der Suffizienz und Nachhaltigkeit würde jedoch eine weitreichende Änderung von Gewohnheiten und Lebensstilen bedeuten und in vielen Bereichen auch gegenläufig zu den derzeitigen Verhaltensweisen und auf Wachstum ausgerichteten Konsum- und Produktionsweisen liegen (Wiedmann et al., 2020) – politische Mehrheiten sind dafür derzeit nicht erkennbar. Insbesondere die Überwindung der fossilen Infrastrukturen und Lock-in-Bedingungen (nicht nur technische, sondern auch rechtliche, institutionelle, politische, verhaltens- und lebensstilbezogene sowie mentale Schranken) ist ein wichtiger Schritt zu einem ver- und vorsorgenden wirtschaftlichen System.

Ein weiteres wichtiges Element zu einer Theorie der Grundversorgung ist als „Easterlin Paradoxon“ bekannt. Aus der Glücksforschung ist bekannt, dass ein steigendes (absolutes) Einkommen – entgegen den theoretischen Konzepten der Mikroökonomik – nicht zwangsweise zu einer Verbesserung des Wohlbefindens führt. Die Wohlfahrt (Wohlbefinden, Glück) hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, u. a. auch dem relativen Einkommen, den Erwartungen in Bezug auf die Steigung des Wohlbefindens bei höherem Einkommen, aber auch von vielfältigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Determinanten. Wie zuletzt Behera et al. (2024) in ihrer internationalen Vergleichsstudie (166 betrachtete Länder) zeigen, tragen neben dem Einkommen, dem eine gewisse Rolle zukommt, auch die soziale Sicherheit und die Autonomie individueller Entscheidungen sowie die Umweltqualität zur Lebenszufriedenheit bei.

## 2.2 Wichtige und weniger wichtige Bereiche der Wirtschaft

Die wissenschaftliche Debatte um Konsumkorridore und eine bestimmte Grundausrüstung konzentriert sich auch auf die Frage, ob es aus wirtschafts- und sozialpolitischer Sicht unterschiedlich zu schützende oder zu betrachtende Bereiche der Wirtschaft gibt, die sich in ihrer Bedeutung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung unterscheiden. Unter „Daseinsvorsorge“ wird hierbei die Bereitstellung von grundlegenden Gütern und Dienstleistungen, insbesondere Infrastrukturleistungen (z. B. Ver- und Entsorgung, Wohnen, Energie, Mobilität, soziale Infrastrukturen), verstanden; im Begriff der Daseinsvorsorge ist die tragende Rolle des öffentlichen Sektors, insb. der kommunalen Ebene, gleichsam inhärent (vgl. Hansen, 2022; Martynovich et al., 2023). Neben der Daseinsvorsorge erweitert der Begriff der „Alltagsökonomie“ (Economy of everyday life; Foundational Economy) die Bereiche der Infrastrukturen mit Dienstleistungen der Nahversorgung und mit Reparatur- und Finanzdienstleistungen.

<sup>3</sup> Derzeit (2025) wird am Forschungsbereich Finanzwissenschaft und Infrastrukturpolitik der TU Wien an einem vom ACRP geförderten Forschungsprojekt gearbeitet, welches den vorhandenen und möglichen zukünftigen Mindeststandards und oberen Grenzen der Ressourceninanspruchnahme im Bereich des Wohnens (inkl. des damit zusammenhängenden Energiekonsums und der mit dem Wohnstandort verbundenen Mobilität) nachgeht. Nähere Informationen sind unter [corridors.at](http://corridors.at) zu finden.

Mit der Alltagsökonomie ist schlussendlich auch die Frage verbunden, wie die Grundbedürfnisse für ein „gutes Leben“ befriedigt werden können, also in welchem versorgenden System: Wie soll die Bereitstellung reguliert und finanziert werden, welche Rolle übernimmt der Staat (und damit schlussendlich wir alle), welche Aufgaben können dem gemeinnützigen und/oder privaten Sektor überlassen werden – und welche Rolle spielt hierbei auch die Planung räumlicher Strukturen, die die Möglichkeiten und Effizienz der Daseinsvorsorge strukturell maßgeblich mitbestimmt.

Hinsichtlich der Wahrnehmung der Bedeutung der verschiedenen Bereiche der Alltagsökonomie ergibt sich eine unterschiedliche gesellschaftliche, aber auch statistische Benachteiligung: Wie weiter unten gezeigt wird, sind manche Bereiche der Alltagsökonomie unbezahlt, finden in Familien oder lokalen Netzwerken statt und werden häufig von Frauen bestritten. Die gesellschaftliche Wertschätzung gegenüber unbezahlter Arbeit ist häufig niedrig, zumal sich aus der Konzeption der statistischen Erhebungsinstrumente, die für die Messung der Wirtschaftsleistung herangezogen werden (insb. Markttransaktionen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung [VGR]), eine strukturelle Benachteiligung dieses Sektors ergibt (Dengler & Plank, 2024; Dengler & Strunk, 2018).

Eine unterschiedliche Einschätzung der Bedeutung einzelner Bereiche der Wirtschaft hat sich vor allem in Zeiten der Covid19-Pandemie gezeigt. Wie Biwald et al. (2021) anhand der Resilienz des österreichischen Finanzausgleichs ausführen, wurden die Leistungen der Daseinsvorsorge und vor allem der kritischen Infrastrukturen (im Sinne der lebensnotwendigen Güter und Dienstleistungen) kontinuierlich bereitgestellt. Andere wirtschaftliche Aktivitäten, z. B. in der Sachgüterproduktion, wurden kurz- bis mittelfristig eingestellt. Tabelle 1 zeigt eine systematische Übersicht über die verschiedenen Bereiche wirtschaftlicher Aktivitäten und ihrer möglichen Bedeutung im Rahmen einer sozial-ökologischen Transformation. Zur Sicherstellung ausreichender Lebensbedingungen und der Einhaltung planetarer Grenzen führt eine Hierarchisierung wirtschaftlicher Aktivitäten zur Schlussfolgerung, dass beispielsweise finanzialisierte Dienstleistungen einen rein extraktiven bzw. umverteilenden Effekt haben, und daher aus sozial-ökologischer Sicht sogar als schädlich betrachtet werden können (vgl. Plank & Volmary, 2023).

TABELLE 1 Einteilung der wirtschaftlichen Aktivitäten nach Bereichen und Priorisierung im Zuge einer sozial-ökologischen Transformation

Bereiche der Ökonomie					
Unbezahlt	Bezahlte wirtschaftliche Aktivitäten (erfasst in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung)				
Alltagsökonomie				Exportorientierte Marktökonomie (internationaler Wettbewerb)	Renten-/ Extraktionsökonomie
Reproduktions- und Freiwilligenarbeit	Fundamentalökonomie		Nicht unbedingt notwendige lokale Versorgung		
	Daseinsvorsorge (öffentliche Infrastrukturen)	Nahversorgung (Güter des täglichen Bedarfs)			
Beispiele für die verschiedenen Bereiche der Ökonomie					
Unbezahlte Pflegearbeit, Hausarbeit, Kinderbetreuung, zivilgesellschaftliches Engagement	Ver- und Entsorgung, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen, Energieversorgung	Lebensmittel, Zahlungsverkehr, Apotheken, Reparaturleistungen	Restaurants, Friseure, Buch- und Möbelhandel	Fahrzeuge, Computer	Finanzprodukte/ Finanzmärkte, Hochfrequenzhandel, finanzialisierte Dienstleistungen, Rohstoffhandel
Räumliche Bedeutung					
Lokal, kleinteilig	Lokal/ regional, heimische Wirtschaft	Lokal/ regional, heimische Wirtschaft	Lokal/ regional, heimische Wirtschaft	Global	Global
Temporale Dimension					
Langfristig (Reproduktionszyklen)	Langfristige Bereitstellung/ lange technische Lebensdauer	Längerfristige Geschäftsmodelle	Sowohl kurz- als auch längerfristige Geschäftsmodelle	Kurz-/ mittelfristige Investitions- und Entwicklungszyklen	(Sehr) kurzfristig
Hauptsächliche Art der Bereitstellung					
Reziprozität, Altruismus	Öffentlich oder nicht gewinnorientiert, stark regulierte Märkte	Lokale/regionale Märkte	Lokale/regionale Märkte	Märkte, (internationaler) Handel zwischen Unternehmen	Aneignung, Wertextraktion, Regulatory Capture
Hauptsächliche Art der Nutzung bzw. des Konsums					
Nichtmonetär abseits von Märkten oder öffentlicher Bereitstellung	Daseinsvorsorge und alltägliche Nutzung	Alltägliche Nutzung	Konsum von Komfortgütern, auch wichtig für soziale Partizipation	Privater Status- bzw. Luxus-Konsum	Extraktion von Werten für Vermögensaufbau und Umverteilung

Betrachtung des Bereichs aus Sicht der sozial-ökologischen Transformation und des „guten Lebens für alle innerhalb planetarer Grenzen“				
Verbesserung der Bedingungen, gesellschaftliche Anerkennung, ev. auch Anreize zur Absicherung	Ausweitung, Ergänzung, Dekommodifikation, Ökologisierung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen	Stärkung und Absicherung, differenzierte Politiken zur Ökologisierung und Teilhabe	Wesentlicher Strukturwandel, allenfalls selektives Wachsen/Schrumpfen	Deutliche Beschränkungen und Rückbau extraktiver Geschäftsmodelle, die zu Lasten der Umwelt und Gerechtigkeit gehen

Anmerkung. Eigene Darstellung, ergänzt und übersetzt nach Bärnthaler et al. (2021, S. 12).

### 2.3 Universelle Grundversorgung im Vergleich zum Grundeinkommen

Die universelle Grundversorgung (Universal basic services, UBS) ist eine grundlegende Strategie, die Versorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen – als Teil der Fundamentalökonomie und Daseinsvorsorge entsprechend der obigen Klassifikation von wirtschaftlichen Aktivitäten – sicherzustellen. Das Konzept geht davon aus, dass der Zugang zu diesen Leistungen, d. h. eine bestimmte Quantität und Qualität (z. B. Bildung, Gesundheit), auf Basis eines individuellen Rechts<sup>4</sup> jeder Bürgerin/jedes Bürgers universell garantiert ist, und dass damit die grundlegende Bedürfnisbefriedigung gewährleistet wird.

Das Konzept des Grundeinkommens geht davon aus, dass Bürger\_innen ein (hauptsächlich) bedingungsloses Grundeinkommen beziehen, um die grundlegenden Bedürfnisse, auch jene der Daseinsvorsorge, finanzieren zu können.

Beide Politikansätze werden in Österreich teilweise erfüllt, indem öffentliche Dienstleistungen (z. B. Elementarpädagogik, Gesundheit) für alle zur Verfügung stehen, es aber auch ein bestimmtes Mindesteinkommen (z. B. Sozialhilfe) gibt, das es ermöglicht, dass die Bezieher\_innen gewisse individuelle Möglichkeiten erhalten, Konsumgüter nachzufragen.

Eine gleichzeitige Ausweitung beider Ansätze, d. h. Ausweitung der Grundversorgung und des Grundeinkommens würde vermutlich an die Grenzen der Finanzierbarkeit stoßen und damit einen Zielkonflikt beinhalten. Aus ökonomischer Sicht sind aber auch andere Dimensionen zu berücksichtigen, wenn ein „gutes Leben für alle“ gewährleistet sein soll.

Wie die Tabelle 2 im Überblick zeigt, haben Realtransfers (also die direkte Bereitstellung von Gütern der Grundversorgung; UBS) eine Reihe von ökonomischen

4 Der Begriff „Recht“ ist weit gefasst zu verstehen und beinhaltet sowohl kodifizierte Rechte im rechtswissenschaftlichen Sinn (z. B. Verfassungsnormen, Menschenrechte) als auch moralisch-ethische Rechte, die in allgemeinem Verständnis jeder\_m zustehen. Während kodifizierte Rechte in Normen gegossene Ergebnisse von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und entsprechenden legislativen Beschlüssen darstellen, haben andere (darüber hinausgehende) Rechte im weiteren Sinn noch zu keinem allgemein gültigen (kodifizierten) Ergebnis geführt.

mischen Vorteilen (z. B. Größenvorteile, Gemeinwohlorientierung, preisdämpfende Wirkungen). Die Vorteile eines Grundeinkommens liegen vor allem in der persönlichen Autonomie und den Wahlmöglichkeiten. Während universelle Dienstleistungen (Grundversorgung) für alle, beispielsweise im Bildungs- und Gesundheitssektor, durch eine öffentliche und/oder gemeinwohlorientierte Bereitstellung wohl am effizientesten garantiert werden können, kann ein Grundeinkommen hierzu komplementär Grundbedürfnisse in jenen Bereichen der Alltagsökonomie abdecken, die eine größere Wahlmöglichkeit und Autonomie aufweisen (z. B. Nahversorgung, lokale Dienstleistungen zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe) (siehe Tabelle 1). Wie Coote (2022) zeigt, bedarf es gerade zur Abdeckung der Grundbedürfnisse einer kollektiven Strategie der Ressourcennutzung anstelle von individualisierten Marktlösungen, ergänzt durch ein Grundeinkommen (siehe auch McGann & Murphy, 2023).

TABELLE 2 Vergleich der universellen Grundversorgung mit dem Grundeinkommen

<b>Dimension der Betrachtung</b>	<b>Universelle Grundversorgung (UBS)</b>	<b>Universelles Grundeinkommen (UBI)</b>
Ökonomische Ausrichtung	Angebotsseitig	Nachfrageseitig
Befriedigung von Grundbedürfnissen bzw. Grundbedarfs	Verlässliche und gerechte Bereitstellung, begrenzter/freier Zugang zu den Leistungen, Realtransfer, weniger Wahlmöglichkeiten	Freie Wahlmöglichkeiten und freier Zugang, Entstigmatisierung, Einkauf von Leistungen auf Märkten, finanzielle Freiheit
Berücksichtigung planetarer Grenzen	Größere (Ressourcen-) Effizienz, eventuell Suffizienz, geringerer Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch	Fraglich, ob Grenzen eingehalten werden, höherer Ressourcenkonsum möglich durch geringere Skalenerträge
Sozial gerechte Verteilung	Universeller Zugang, Finanzierung durch progressive Steuern möglich, Wirkungen auf die Gütermärkte	Gleiches Grundeinkommen für alle, Finanzierung durch progressive Steuern möglich, Wirkungen auf die Arbeitsmärkte
Demokratische Governance	Partizipation in der Entscheidungsfindung & Bereitstellung der Grundversorgung, größere Zeitautonomie	Größere individuelle Wahlmöglichkeiten und Autonomie (Zeit, Partizipation)
Makroökonomische Wirkungen	Skalen-, Verbund- und Dichtevorteile, kooperative Bereitstellung, Gemeinwohlorientierung, preisniveaudämpfend	Private und kleinteiligere Produktion, Gütermärkte, inflationäre Wirkungen wahrscheinlich

Anmerkung. Eigene Darstellung und Übersetzung nach Büchs, 2021.

Die planetare Notwendigkeit, den Ressourcenverbrauch zu begrenzen, scheint Strategien nahelegen, die eine Grundversorgung bei Beachtung der ökologischen Grenzen besser gewährleisten können, und zwar im Sinn einer universellen und gemeinwohlorientierten Befriedigung von Grundbedürfnissen bei Ausnutzung von Effizienzvorteilen (Skalenerträge) in Verbindung mit Suffizienzansätzen (O'Neill et al., 2018). Dies ist umso dringender geboten, als die Grundbedürfnisse aus ökologischer Sicht derzeit sehr ineffizient (mit einem Ressourcenaufwand, der bis zu sechsmal höher ist als es der Nachhaltigkeit entspricht) abgedeckt werden.

### 3 STRATEGIEN FÜR EINE DASEINSVORSORGE INNERHALB PLANETARER GRENZEN

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich, dass eine Sicherung der Grundbedürfnisse und eine gleichzeitige Einhaltung planetarer Grenzen einen wesentlichen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel beinhalten würde. In Österreich wurden kürzlich sieben strategische Ansätze bzw. Schlussfolgerungen für die Daseinsvorsorge und ihre Entwicklung bis 2030 formuliert (Getzner et al., 2024). Die Schlussfolgerungen beruhen auf einer Untersuchung, die die Entwicklung ausgewählter Daseinsvorsorgebereiche (Gesundheit und Pflege, Elementarpädagogik, Energieversorgung, Nahverkehr, Wohnraumversorgung, öffentliche (Grün-) Räume) bis 2030 skizziert und anhand einer Reihe von Dimensionen (u. a. Bedarfe, Ökologisierung, Demokratisierung, Entmarktlichung, Finanzierung) betrachtet. Im Folgenden werden diese Schlussfolgerungen in Form von Thesen präsentiert und kurz erörtert (zusammengefasst aus Getzner et al., 2024):

- Eine wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen sozial-ökologischen Transformation ist die Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen der Grundversorgung. Dies bedarf der Ausweitung der Daseinsvorsorge.

Wie oben kurz ausgeführt, können die verschiedenen ökonomisch-technischen Vorteile bei einer universellen Bereitstellung besser genutzt werden, wodurch planetare Grenzen bei gleichzeitiger Befriedigung von Grundbedürfnissen leichter eingehalten werden können (Gough, 2022; vgl. Bohnenberger, 2020). Die Daseinsvorsorge kann kontextabhängig unterschiedlich reguliert, finanziert und bereitgestellt werden. Wichtig ist, dass der universelle Zugang zur Grundversorgung Sicherheiten schafft in Zeiten, in denen verschiedene Krisen und prekäre Verhältnisse individuelle Unsicherheiten erhöhen (vgl. z. B. Schroeder, 2024). Diese Sicherheiten können durch ‚soziale Rechte‘ (etwa im Sinne des Rechts auf Gesundheit und Bildung) gewährleistet werden.

- Die Ausweitung der öffentlichen Daseinsvorsorge erfordert eine integrierte Betrachtung sozial gerechter und ökologisch nachhaltig ausgerichteter und koordinierter Planung und Bereitstellung, um den Ressourceneinsatz für die Befriedigung der Grundbedürfnisse zu minimieren und die planetaren Grenzen zu beachten.

Die Verbindung zwischen ökologischen Parametern und sozialen Verteilungsaspekten ist seit langem bekannt: Die Emissionen von Treibhausgasen und die Ressourceninanspruchnahme sind – sowohl global als auch innerhalb von Ländern – ungleich verursacht (ein höheres Einkommen führt zu höheren Emissionen). Auch sind Menschen mit geringerem Einkommen in der Regel stärker von Umweltwirkungen (z. B. Erderhitzung, Extremwetterereignisse) betroffen. Schlussendlich haben Haushalte mit unterdurchschnittlichem Einkommen auch wesentlich geringere Möglichkeiten, den Konsequenzen dieser Krisen zu entgehen oder ein Ausweichverhalten zu setzen. Suffizienz ist daher im Besonderen ebenso eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit und betrifft daher vor allem Menschen mit höherem Einkommen und dadurch überdurchschnittlichem Ressourcenverbrauch – wodurch sich wiederum die obige Frage nach einem Höchstmaß des Ressourcenkonsums im Sinne von Konsumkorridoren stellt (vgl. Bärnthaler & Gough, 2023). Eine kürzlich durchgeführte Untersuchung zur Zugänglichkeit zur Daseinsvorsorge zeigt auf, dass in Wien die Ausstattung mit Infrastrukturen der Alltagsökonomie in Stadtteilen mit Haushalten, die über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügen, tendenziell besser ist (Riepl et al., 2025). Obzwar für Wien die Gentrifizierungsprobleme als weniger bedeutsam eingeschätzt werden (Kadi & Matznetter, 2022), weisen die Ergebnisse der zitierten Untersuchung darauf hin, dass eine Ausweitung der Daseinsvorsorge nicht quasi automatisch zu durchgehend sozial positiven Verteilungswirkungen führt.

- Die Verantwortung des öffentlichen Sektors (Staat, öffentliche Unternehmen, Raum-, Infrastruktur- und Energieplanung) und ein Fokus auf Gemeinwohl und Gemeinnützigkeit sowie auf das öffentliche Interesse sind grundlegende Prinzipien für die zukunftsorientierte Daseinsvorsorge.

In den letzten Jahrzehnten wurde die Verantwortung des öffentlichen Sektors vor allem in der *Gewährleistungsverantwortung* gesehen: der Staat (die Planung) hat die Erfüllung von öffentlichen Aufgaben, die ihrerseits kritisiert und teilweise auch gekürzt wurden, zu gewährleisten, muss dies aber nicht selbst erledigen und bedient sich auch privater, häufig gewinnorientierter Institutionen, anstatt Leistungen selbst zu erbringen bzw. zu planen. So lassen sich beispielsweise im Bereich der Wasserver- und Abwasserentsorgung neoliberale Ansätze (z. B. Privatisierung, Finanzialisierung) als ineffizient nachweisen, während eine öffentliche Aufgabenerfüllung häufig verlässlicher, qualitativ hochwertiger und leistbarer ist (Getzner et al., 2018). Eine Stärkung der Übernahme der *Leistungs- und Erfüllungsverantwortung* des Staates, und damit vor allem auch der Planung (z. B. Raum-, Infrastruktur-, Energieplanung) zur Erfüllung des Gemeinwohls und öffentlichen Interesses ist daher für die zukünftige Daseinsvorsorge im Sinne der Grundversorgung und Ressourceneinsparung wesentlich. Die Orientierung an der Gemeinnützigkeit betrifft somit auch den Staat (in Bezug auf ausgegliederte öffentliche Unternehmen) und soweit notwendig die EU-Rechtsrahmen (z. B. Binnenmarkt, Dienstleistungs-Richtlinie).

- Die Ausweitung bzw. Rückgewinnung staatlicher Verantwortung und der öffentlichen Daseinsvorsorge sollte Hand in Hand mit einer

Demokratisierung der Planung und Leistungserbringung und einer verstärkten Partizipation und Transparenz gehen – im Sinne größerer Möglichkeiten und Chancen für eine gemeinsame Gestaltung der Daseinsvorsorge.

Die Orientierung am Gemeinwohl und öffentlichen Interesse und eine stärkere Rolle der Planung erfordern eine Stärkung demokratischer Governance. In manchen Infrastrukturbereichen kann eine Re-Munizipalisierung (Albalade et al., 2021) sinnvoll sein, um die Effizienz und Leistbarkeit der Aufgabenerfüllung zu verbessern. Staatliche Aufgaben und die Orientierung am Gemeinwohl und der Gemeinnützigkeit sind nicht notwendigerweise innerhalb des Sektors Staat (nach VGR), also durch Verwaltungseinheiten, zu leisten, sondern können in vielfältigen Organisationsformen (z. B. auch private gemeinnützige Organisationen, lokale nicht gewinnorientierte Initiativen) erbracht werden. Zu beachten bei allen Ansätzen einer Stärkung der öffentlichen (staatlichen) Verantwortung und Planung ist, dass die öffentlichen Planer\_innen und Entscheidungsträger\_innen, aber auch die Bürokratie, im Sinne der politischen Ökonomie ebenso Eigeninteressen verfolgen – eine Stärkung der demokratischen Governance (Transparenz) ist daher eine wichtige Voraussetzung für eine effiziente Planung und öffentliche Aufgabenerfüllung.

- Die Stärkung und Ausweitung der öffentlichen Aufgabenerfüllung im Sinne des Gemeinwohls und der Gemeinnützigkeit bedarf eines Paradigmenwechsels insbesondere auch auf Ebene der Europäischen Union.

Auch wenn die Verträge der Europäischen Union (z. B. Art. 106 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union; Bekkedal, 2011) eine Orientierung am Gemeinwohl für Unternehmen, die mit Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse betraut sind, nicht ausschließen, liegt die ‚Beweislast‘ doch auf der Seite des Gemeinwohls: Die Effizienz von Märkten ist quasi der Ausgangspunkt, Abweichungen von diesem müssen begründet werden. Hier wäre die Gemeinnützigkeit eindeutig zu stärken, indem eine kollektive (staatliche) Verantwortung für die gemeinnützige Erbringung dieser Dienstleistungen (Daseinsvorsorge, Infrastrukturen) anerkannt wird.

- Eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge bedarf insbesondere auch einer Stärkung der öffentlichen Planung und ihrer Effizienz und Effektivität.

Durch die oben angesprochene Zurücknahme staatlicher Verantwortung in manchen Infrastrukturbereichen kam es auch zu einer Reduktion der fachlichen Kompetenzen und Kapazitäten der Planung kommen. Entlang der drei Dimensionen der Bereitstellung, Regulierung und Finanzierung (Unger et al., 2017) können die staatlichen Planungs- und Regulierungsaufgaben aus positiver und normativer Sicht transparent erörtert werden.

- Schlussendlich bedarf eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge auch einer geänderten Finanzierung staatlicher Aufgaben, sowie Reformen im Steuersystem und in den Fiskalregeln der Europäischen Union.

Eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge ist in vielen Bereichen mit einem größeren Mittelbedarf verbunden. Zur Sicherstellung beispielsweise der Klimaneutralität in Österreich bis 2040 sind zusätzliche Investitionen in Höhe von rund 1,1 bis 1,9 % des BIP (Brutto-Inlandsprodukts) notwendig, wovon etwa zwei Drittel im Öffentlichen Sektor (davon die Hälfte im Sektor Staat) anfallen würden (Weyerstraß et al., 2024). Die Dekarbonisierung der Energieversorgung und von Wohngebäuden sind hierbei wichtige, die Daseinsvorsorge betreffende Investitionsbereiche. Auch wenn die finanziellen Ressourcen gesamtwirtschaftlich vorhanden wären, müssten diese wesentlich umgeleitet werden. Zum einen sind finanzialisierte extraktive Geschäftsmodelle (z. B. in der Pflege) zu beenden (dies bringt allein wesentliche Einsparungen an Transaktionskosten sowie an reinvestierten Gewinnen), zum anderen können wesentliche Einsparungen durch eine effizientere Klimapolitik sowie durch die Reduktion umwelt- und klimaproduktiver Subventionen erreicht werden (Holler & Maidorn, 2025). Steuerliche Instrumente können hierbei auch verstärkt verursachergerecht sowie verteilungspolitisch (z. B. vermögens- und erbschaftsbezogene Steuern) gestaltet werden.

#### 4 ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Debatten über Definitionen zu den Standards eines „guten Lebens für alle innerhalb planetarer Grenzen“ können aus verschiedenen Blickwinkeln geführt werden und bedürfen auch einer Klarheit in Bezug auf normative Festlegungen (z. B. welche Ressourcenverteilung wird als gerecht angesehen). Die absoluten und globalen planetaren Grenzen können - und wurden - naturwissenschaftlich analysiert und quantifiziert, und ihren Ausdruck finden diese Analysen beispielsweise in Nachhaltigkeitsvorstellungen, der Suffizienz und der Doughnut-Ökonomie. Es bleibt hierbei jedoch offen, wie die verfügbaren Ressourcen gerecht auf alle Menschen (also pro Kopf) verteilt werden sollen. Wird beispielsweise angenommen, dass jede\_r Erdenbürger\_in ein gleiches Recht auf Ressourcen hat, die von den Ökosystemen zur Verfügung gestellt werden, ergibt sich eine Reduktionsnotwendigkeit in den westlichen Industriestaaten um zumindest den Faktors 4 bis 6, d. h. der Ressourcenverbrauch müsste auf 15 bis 25 % des derzeitigen reduziert werden. Diese groben Berechnungen sollen die Herausforderungen illustrieren, vor denen die „sozial-ökologische Transformation“ steht.

Ein wichtiger Ansatzpunkt ist die Bereitstellung der Daseinsvorsorge: Grundlegende Bedürfnisse (z. B. Ver- und Entsorgung, Wohnen, Energie, Mobilität, Gesundheit, Pflege) sind einerseits notwendig, um einen gleichen Zugang (Qualität und Quantität) zu gewährleisten; aber nur durch eine öffentliche, gemeinwohlorientierte (gemeinnützige) Bereitstellung ist aufgrund der Skalen-, Verbund- und Dichtevorteile auch ein Einhalten ökologischer Schranken möglich. Jedenfalls scheinen Perspektiven einer allgemeinen Grundversorgung (Universal basic services, UBS) für die Einhaltung planetarer Grenzen besser geeignet zu sein als ein bedingungsloses Grundeinkommen (Universal basic income, UBI). Einschränkend ist an dieser Stelle anzumerken, dass eine Konzentration auf die Sicherung und Ausweitung der Daseinsvorsorge

im Sinne der hier erörterten Strategien zwar eine notwendige, aber noch nicht hinreichende Bedingung für die sozial-ökologische Transformation darstellt: Wie Bärnthaler et al. (2025) ausführen, beinhalten transformative Ansätze eine Reihe von weiteren Strategien, beginnend bei einer grundsätzlichen Änderung des Verständnisses der Mensch-Natur-Beziehungen und der Überwindung der vielfältigen, insbesondere auch politischen Barrieren (vgl. Görg et al., 2023; Novy et al., 2025).

Die möglichen Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente sind vielfältig und reichen von einer starken Verankerung der Gemeinnützigkeit und der öffentlichen Aufgabenerfüllung in den Europäischen Verträgen über eine effektive Raumplanung sowie Klima- und Infrastrukturpolitik bis hin zu neuen steuerlichen Ansätzen (z. B. Reduktion extraktiver Geschäftsmodelle und umweltkontraproduktiver Subventionen, vermögensbezogene Steuern). Die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge bedarf aber auch einer verbesserten Raum-, Infrastruktur- und Energieplanung sowie einer partizipativen, demokratischen Governance.

Ob und inwieweit eine Akzeptanz verschiedener politischer Maßnahmen und Instrumente, die zu einer Stärkung der Daseinsvorsorge und einem „guten Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen“ führen können, derzeit besteht, ist insgesamt allerdings fraglich. Die Diskussionen um die Einführung eines Tempolimits als kostengünstigste aller Maßnahmen, um Treibhausgase einzusparen (Holler & Maidorn, 2025), zeigt, dass je nach Instrument des sozial-ökologischen Umbaus und der Suffizienz Befragte in empirischen Erhebungen (z. B. O'Dell et al., 2025) regelmäßig Instrumente, die einen eigenen konkreten Beitrag erfordern würden (z. B. Erhöhung der CO<sub>2</sub>-Abgabe), an die Grenzen der Akzeptanz stoßen, so notwendig und sinnvoll diese sein mögen.

Somit zeigt dieser Beitrag ausgehend von den planetaren Grenzen auf, welche Strategien für eine effiziente und effektive Daseinsvorsorge und für die öffentliche Planung notwendig wären, um den Zielen einer sozial-ökologischen Transformation langfristig näher zu kommen. Über die Realisierungschancen und die vielen Unwägbarkeiten auf diesem steinigem Weg spekuliert dieser Beitrag nicht, es darf aber bezweifelt werden, dass die vorgestellten Ansätze und Strategien tatsächlich umgesetzt werden.

## LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

- Albalade, D., Bel, G., Gradus, R., & Reeves, E. (2021). Re-municipalization of local public services: Incidence, causes and prospects. *International Review of Administrative Sciences*, 87(3), 419–424. <https://doi.org/10.1177/00208523211006455>
- Bärnthaler, R., Barlow, N., Novy, A., & Aigner, E. (2025). Conceptualizing transformative climate action: Insights from sufficiency research. *Climate Policy*, 1–20. <https://doi.org/10.1080/14693062.2025.2494782>
- Bärnthaler, R., & Gough, I. (2023). Provisioning for sufficiency: Envisaging production corridors. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 19(1), 2218690. <https://doi.org/10.1080/15487733.2023.2218690>
- Bärnthaler, R., Novy, A., & Plank, L. (2021). The Foundational Economy as a Cornerstone for a Social–Ecological Transformation. *Sustainability*, 13(18), 10460. <https://doi.org/10.3390/su131810460>
- Behera, D. K., Rahut, D. B., Padmaja, M., & Dash, A. K. (2024). Socioeconomic determinants of happiness: Empirical evidence from developed and developing countries. *Journal of Behavioral and Experimental Economics*, 109, 102187. <https://doi.org/10.1016/j.socec.2024.102187>
- Bekkedal, T. (2011). Article 106 TFEU is Dead. Long Live Article 106 TFEU! In E. Szyszczak, J. Davies, M. Andenæs, & T. Bekkedal (Eds.), *Developments in Services of General Interest* (pp. 61–102). T. M. C. Asser Press. [https://doi.org/10.1007/978-90-6704-734-0\\_4](https://doi.org/10.1007/978-90-6704-734-0_4)
- Biwald, P., Bröthaler, J., Getzner, M., & Mitterer, K. (2021). Schlussfolgerungen zur Krisenfestigkeit des österreichischen Finanzausgleichs. In *Krisenfester Finanzausgleich* (pp. 135–150). NWV, Neuer Wissenschaftlicher Verlag.
- Blake, M. (2001). Distributive Justice, State Coercion, and Autonomy. *Philosophy & Public Affairs*, 30(3), 257–296. <https://doi.org/10.1111/j.1088-4963.2001.00257.x>
- Bohnenberger, K. (2020). Money, Vouchers, Public Infrastructures? A Framework for Sustainable Welfare Benefits. *Sustainability*, 12(2), 596. <https://doi.org/10.3390/su12020596>
- Brand-Correa, L. I., & Steinberger, J. K. (2017). A Framework for Decoupling Human Need Satisfaction From Energy Use. *Ecological Economics*, 141, 43–52. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2017.05.019>
- Büchs, M. (2021). Sustainable welfare: How do universal basic income and universal basic services compare? *Ecological Economics*, 189, 107152. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2021.107152>
- Coote, A. (2022). Towards a Sustainable Welfare State: The Role of Universal Basic Services. *Social Policy and Society*, 21(3), 473–483. <https://doi.org/10.1017/S1474746421000385>
- Dengler, C., & Plank, C. (2024). Foregrounding invisible foundations: (Eco-)feminist perspectives on provisioning systems. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 20(1), 2312667. <https://doi.org/10.1080/15487733.2024.2312667>
- Dengler, C., & Strunk, B. (2018). The Monetized Economy Versus Care and the Environment: Degrowth Perspectives On Reconciling an Antagonism. *Feminist Economics*, 24(3), 160–183. <https://doi.org/10.1080/13545701.2017.1383620>
- Desing, H., Brunner, D., Takacs, F., Nahrath, S., Frankenberger, K., & Hischier, R. (2020). A circular economy within the planetary boundaries: Towards a resource-based, systemic approach. *Resources, Conservation and Recycling*, 155, 104673. <https://doi.org/10.1016/j.resconrec.2019.104673>

- Desing, H., Widmer, R., Beloin-Saint-Pierre, D., Hirschier, R., & Wäger, P. (2019). Powering a Sustainable and Circular Economy—An Engineering Approach to Estimating Renewable Energy Potentials within Earth System Boundaries. *Energies*, 12(24), 4723. <https://doi.org/10.3390/en12244723>
- Di Giulio, A., & Defila, R. (2021). Building the bridge between Protected Needs and consumption corridors. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 17(1), 117–134. <https://doi.org/10.1080/15487733.2021.1907056>
- Dickau, M., Matthews, H. D., & Tokarska, K. B. (2022). The Role of Remaining Carbon Budgets and Net-Zero CO2 Targets in Climate Mitigation Policy. *Current Climate Change Reports*, 8(4), 91–103. <https://doi.org/10.1007/s40641-022-00184-8>
- Drees, L., Luetkemeier, R., & Kerber, H. (2021). Necessary or oversimplification? On the strengths and limitations of current assessments to integrate social dimensions in planetary boundaries. *Ecological Indicators*, 129, 108009. <https://doi.org/10.1016/j.ecolind.2021.108009>
- Eisenmenger, N., Pichler, M., Krenmayr, N., Noll, D., Plank, B., Schalmann, E., Wandl, M.-T., & Gingrich, S. (2020). The Sustainable Development Goals prioritize economic growth over sustainable resource use: A critical reflection on the SDGs from a socio-ecological perspective. *Sustainability Science*, 15(4), 1101–1110. <https://doi.org/10.1007/s11625-020-00813-x>
- Getzner, M., Damjanovic, D., Dowling, E., Plank, L., Strickner, A., Damböck, C., Evers, P., Kalhorn, A. F., & Pöchlhacker, T. (2024). *Daseinsvorsorge 2030: Gute Grundversorgung für alle innerhalb planetarer Grenzen*. Verlag Arbeiterkammer Wien.
- Getzner, M., Köhler, B., Krisch, A., & Plank, L. (2018). *Vergleich europäischer Systeme der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung*. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.
- Görg, C., Madner, V., Muhar, A., Novy, A., Posch, A., Steininger, K. W., & Aigner, E. (Eds.). (2023). *APCC Special Report: Strukturen für ein klimafreundliches Leben*. Springer Berlin Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-662-66497-1>
- Gough, I. (2020). Defining floors and ceilings: The contribution of human needs theory. *Sustainability: Science, Practice and Policy*, 16(1), 208–219. <https://doi.org/10.1080/15487733.2020.1814033>
- Gough, I. (2022). Two Scenarios for Sustainable Welfare: A Framework for an Eco-Social Contract. *Social Policy and Society*, 21(3), 460–472. <https://doi.org/10.1017/S1474746421000701>
- Hansen, T. (2022). The foundational economy and regional development. *Regional Studies*, 56(6), 1033–1042. <https://doi.org/10.1080/00343404.2021.1939860>
- Hjalsted, A. W., Laurent, A., Andersen, M. M., Olsen, K. H., Ryberg, M., & Hauschild, M. (2021). Sharing the safe operating space: Exploring ethical allocation principles to operationalize the planetary boundaries and assess absolute sustainability at individual and industrial sector levels. *Journal of Industrial Ecology*, 25(1), 6–19. <https://doi.org/10.1111/jiec.13050>
- Holler, J., & Maidorn, S. (2025). *Kosteneffektivität von Klimaschutzmaßnahmen in Österreich (Studie Des Fiskalrats)*. Büro des Fiskalrats (FISK).
- Kadi, J., & Matznetter, W. (2022). The long history of gentrification in Vienna, 1890–2020. *City*, 26(2–3), 450–472. <https://doi.org/10.1080/13604813.2022.2054221>

- Kikstra, J. S., Mastrucci, A., Min, J., Riahi, K., & Rao, N. D. (2021). Decent living gaps and energy needs around the world. *Environmental Research Letters*, 16(9), 095006. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ac1c27>
- Lamboll, R. D., Nicholls, Z. R. J., Smith, C. J., Kikstra, J. S., Byers, E., & Rogelj, J. (2023). Assessing the size and uncertainty of remaining carbon budgets. *Nature Climate Change*, 13(12), 1360–1367. <https://doi.org/10.1038/s41558-023-01848-5>
- Martynovich, M., Hansen, T., & Lundquist, K.-J. (2023). Can foundational economy save regions in crisis? *Journal of Economic Geography*, 23(3), 577–599. <https://doi.org/10.1093/jeg/lbac027>
- McGann, M., & Murphy, M. P. (2023). Income Support in an Eco-Social State: The Case for Participation Income. *Social Policy and Society*, 22(1), 16–30. <https://doi.org/10.1017/S1474746421000397>
- Müller, H. L., Kalthorn, A. F., & Getzner, M. (2024). Postwachstum in der Raumplanung – Kernelemente und Spurensuche in Österreich. TU Wien. [https://doi.org/10.34727/2024/ISBN.978-3-85448-071-6\\_2](https://doi.org/10.34727/2024/ISBN.978-3-85448-071-6_2)
- Novy, A., Resch, G., & Spittler, N. (2025). Chapter 8. Transformation pathways. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. <https://doi.org/10.1553/aar2-ch8>
- Nussbaum, M. C. (2000). *Women and Human Development: The Capabilities Approach* (1st ed.). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/CBO9780511841286>
- O'Dell, D., Contu, D., & Shreedhar, G. (2025). Public support for degrowth policies and sufficiency behaviours in the United States: A discrete choice experiment. *Ecological Economics*, 228, 108446. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2024.108446>
- O'Neill, D. W., Fanning, A. L., Lamb, W. F., & Steinberger, J. K. (2018). A good life for all within planetary boundaries. *Nature Sustainability*, 1(2), 88–95. <https://doi.org/10.1038/s41893-018-0021-4>
- Oswald, Y., Owen, A., & Steinberger, J. K. (2020). Large inequality in international and intranational energy footprints between income groups and across consumption categories. *Nature Energy*, 5(3), 231–239. <https://doi.org/10.1038/s41560-020-0579-8>
- Otto, I. M., Kim, K. M., Dubrovsky, N., & Lucht, W. (2019). Shift the focus from the super-poor to the super-rich. *Nature Climate Change*, 9(2), 82–84. <https://doi.org/10.1038/s41558-019-0402-3>
- Pan, S., Tian, H., Dangal, S. R. S., Ouyang, Z., Tao, B., Ren, W., Lu, C., & Running, S. (2014). Modeling and Monitoring Terrestrial Primary Production in a Changing Global Environment: Toward a Multiscale Synthesis of Observation and Simulation. *Advances in Meteorology*, 2014, 1–17. <https://doi.org/10.1155/2014/965936>
- Plank, L., & Volmary, H. (2023). Transnationale Shareholderinteressen in der kritischen sozialen Infrastruktur. *Der Öffentliche Sektor - The Public Sector* 49(1): 15-19. <https://doi.org/10.34749/OES.2023.4653>
- Rao, N. D., & Min, J. (2018). Decent Living Standards: Material Prerequisites for Human Wellbeing. *Social Indicators Research*, 138(1), 225–244. <https://doi.org/10.1007/s11205-017-1650-0>
- Rawls, J. (1971). *A theory of justice*. Harvard University Press.
- Raworth, K. (2017). A Doughnut for the Anthropocene: Humanity's compass in the 21st century. *The Lancet Planetary Health*, 1(2), e48–e49. [https://doi.org/10.1016/S2542-5196\(17\)30028-1](https://doi.org/10.1016/S2542-5196(17)30028-1)

- Reinert, K. A. (2011). No Small Hope: The Basic Goods Imperative. *Review of Social Economy*, 69(1), 55–76. <https://doi.org/10.1080/00346760802714875>
- Richardson, K., Steffen, W., Lucht, W., Bendtsen, J., Cornell, S. E., Donges, J. F., Drüke, M., Fetzer, I., Bala, G., Von Bloh, W., Feulner, G., Fiedler, S., Gerten, D., Gleeson, T., Hofmann, M., Huiskamp, W., Kummu, M., Mohan, C., Nogués-Bravo, D., ... Rockström, J. (2023). Earth beyond six of nine planetary boundaries. *Science Advances*, 9(37), eadh2458. <https://doi.org/10.1126/sciadv.adh2458>
- Riepl, T., Schaffartzik, A., Grabow, S., & Banabak, S. (2025). Living well with the foundational economy: Assessing the spatial accessibility of foundational infrastructures in Vienna and the relationship to socio-economic status. *Ecological Economics*, 232, 108558. <https://doi.org/10.1016/j.ecolecon.2025.108558>
- Rockström, J., Steffen, W., Noone, K., Persson, Å., Chapin, F. S., Lambin, E. F., Lenton, T. M., Scheffer, M., Folke, C., Schellnhuber, H. J., Nykvist, B., De Wit, C. A., Hughes, T., Van Der Leeuw, S., Rodhe, H., Sörlin, S., Snyder, P. K., Costanza, R., Svedin, U., ... Foley, J. A. (2009). A safe operating space for humanity. *Nature*, 461(7263), 472–475. <https://doi.org/10.1038/461472a>
- Schlesier, H., Schäfer, M., & Desing, H. (2024). Measuring the Doughnut: A good life for all is possible within planetary boundaries. *Journal of Cleaner Production*, 448, 141447. <https://doi.org/10.1016/j.jclepro.2024.141447>
- Schroeder, S. K. (2024). The Impacts of Climate Change on Industries and Financial Fragility. *Journal of Economic Issues*, 58(3), 1057–1065. <https://doi.org/10.1080/00213624.2024.2382055>
- Sen, A. (1993). Capability and Well-Being. In M. Nussbaum & A. Sen (Eds.), *The Quality of Life* (pp. 30–53). Oxford University Press. <https://doi.org/10.1093/0198287976.003.0003>
- Steffen, W., Richardson, K., Rockström, J., Cornell, S. E., Fetzer, I., Bennett, E. M., Biggs, R., Carpenter, S. R., De Vries, W., De Wit, C. A., Folke, C., Gerten, D., Heinke, J., Mace, G. M., Persson, L. M., Ramanathan, V., Reyers, B., & Sörlin, S. (2015). Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. *Science*, 347(6223), 1259855. <https://doi.org/10.1126/science.1259855>
- Steininger, K., Schinko, T., Rieder, H., Kromp-Kolb, H., Kienberger, S., Kirchengast, G., Michl, C., Schwarzl, I., & Lambert, S. (2022). 1,5° C: Wieviel Treibhausgase dürfen wir noch emittieren? [CCCA-Hintergrundpapier zu globalen und nationalen Treibhausgasbudgets]. Climate Change Council Austria (CCCA).
- Unger, B., Linde, D. van der, & Getzner, M. (Eds.). (2017). *Public or private goods? Redefining res publica*. Edward Elgar Publishing. <https://doi.org/10.4337/9781785369551>
- Vélez-Henao, J. A., & Pauliuk, S. (2023). Material Requirements of Decent Living Standards. *Environmental Science & Technology*, 57(38), 14206–14217. <https://doi.org/10.1021/acs.est.3c03957>
- Weyerstraß, K., Getzner, M., Gugele, B., Laa, E., Müller, H. L., Niedertscheider, M., Plank, K., Plank, L., Schieder, W., Schindler, I., Schmidner, D., & Zenz, H. (2024). Gesamtwirtschaftlicher Investitionsbedarf in Österreich zur Erreichung der Klimaziele. Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS).
- Wiedmann, T., Lenzen, M., Keyßer, L. T., & Steinberger, J. K. (2020). Scientists' warning on affluence. *Nature Communications*, 11(1), 3107. <https://doi.org/10.1038/s41467-020-16941-y>